VON HAUSARZT ZU HAUSARZT

Dr. Gerd W. Zimmermann

Facharzt für
Allgemeinmedizin
Kapellenstraße 9,
D-65719 Hofheim

Vorsicht, wenn der Patient seine Diagnose „mitbringt“!

— Nach einem Urteil des Oberlandesgerichtes (OLG) Koblenz muss ein Arzt Schmerzensgeld und Schadensersatz zahlen, weil er sich auf die Selbstdiagnose eines als Rettungssanitäter tätigen 37-Jährigen verlassen hatte. Dieser klagte über starke Schmerzen in der linken Körperhälfte und interpretierte diese selbst als eingeklemmten Nerv. Der Arzt übernahm diese Diagnose ungeprüft. Wenig später verstarb der Patient an einem Herzinfarkt. Das Landgericht (LG) Mainz verurteilte den Arzt zur Zahlung von Schadensersatz und Schmerzensgeld an die Hinterbliebenen des Patienten. Das LG ging von einem groben Behandlungsfehler aus, da der Arzt trotz vorhandener Leitsymptome eines Herzinfarktes keine internistische Untersu-

chung angeordnet hatte. Die Ausführungen des Arztes, er habe dies nur aufgrund der fehlerhaften Interpretation seines Patienten nicht veranlasst, sah das Gericht nicht als ausreichend an, um einen geringeren Sorgfaltsmaßstab zu Gunsten des Arztes anzunehmen. Dies bestätigte das OLG in dem Berufungsverfahren (Az.: 5 U 857 / 11). Nach Auffassung der Richter sei der Beklagte verpflichtet gewesen, das erstmalige Auftreten und die Entwicklung der geschilderten Schmerzen genauer zu erfragen. Wäre er dieser Verpflichtung nachgekommen, hätte sich zweifelsfrei ergeben, dass die Schmerzen erst vor einer Stunde aufgetreten waren und eine vorherige internistische Abklärung am selben Tage nicht erfolgt sein konnte. Es wäre klar ge-

wesen, dass die Symptome ergänzend durch einen Internisten hätten abgeklärt werden müssen. Eine unverzügliche kardiologische und internistische Krisenintervention hätte das Leben des Patienten mit hoher Wahrscheinlichkeit gerettet. Wegen der Besonderheiten des Falles sah der 5. Zivilsenat hierin zwar keinen groben Behandlungsfehler, dem Beklagten sei jedoch ein zur Beweislastumkehr führender Befunderhebungsmangel anzulasten.

MMW Kommentar

Vorsicht ist also geboten, wenn der Patient seine Diagnose selbst stellt. Selbst wenn die Haftpflichtversicherung den finanziellen Schaden trägt, kann eine Verurteilung wegen fahrlässiger Tötung folgen.

Neue Steuervorteile beachten, wenn die Kinder studieren

— Aufwendungen für die Wege zwischen Wohnung und „regelmäßiger“ Arbeitsstätte sind nur in Höhe der Entfernungspauschale von derzeit 0,30 Euro je Entfernungskilometer als Werbungskosten steuerlich ansetzbar. Als regelmäßige Arbeitsstätte hat der Bundesfinanzhof (BFH) bislang auch Bildungseinrichtungen wie z. B. Universitäten angesehen, wenn diese über einen längeren Zeitraum zum Zwecke eines Vollzeitunterrichts aufgesucht werden. Fahrtkosten im Rahmen einer Ausbildung waren deshalb nicht in tatsächlicher Höhe, sondern der Höhe nach nur beschränkt abzugsfähig. Mit zwei Urteilen vom 9.2.2012 hat der BFH jetzt entschieden, dass eine Bildungsmaßnahme regelmäßig „vorübergehend“ und nicht auf Dauer angelegt ist, auch wenn

die berufliche Aus- oder Fortbildung die volle Arbeitszeit des Steuerpflichtigen in Anspruch nimmt und sich über einen längeren Zeitraum erstreckt. Daher können Fahrten zwischen der Wohnung und z.B. einer Universität in voller Höhe als Werbungskosten steuerlich geltend gemacht werden. Betroffene können für die ersten drei Monate auch Pauschalen für Vermehrungsmehraufwendungen steuerlich ansetzen.

Eine weitere Entscheidung von Finanzgerichten betrifft die Zeitphase vor der Aufnahme eines Studiums. Demnach ist ein Kind, das sich um einen Ausbildungs-/Studienplatz zum nächstmöglichen Ausbildungs-/Studienbeginn bewirbt, nach Auffassung des Finanzgerichts Niedersachsen – beginnend mit dem Zeitpunkt der Be-

werbung mindestens bis zum Zeitpunkt des nächstmöglichen Ausbildungs-/Studienbeginns – steuerlich zu berücksichtigen. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Ausbildungsstelle angetreten oder der Studienplatz angenommen wird. Dies gilt so lange, wie sich die Eigenbemühungen als ernsthaft und nicht als nur zum Schein erfolgt darstellen.

MMW Kommentar

Bei der Entscheidung zu Aufwendungen für Dienstreisen ist jedoch zu berücksichtigen, dass (auch bei Inanspruchnahme der Kilometerpauschale) diese steuerlich nur berücksichtigt werden, wenn der Steuerpflichtige den Fahrtaufwand tatsächlich getragen hat. Bei Anwendung der Entfernungspauschale kommt es darauf nicht an.